

HANNES ANDROSCH

Schulden müssen leistbar sein

Europa findet den Weg aus der Krise nicht, eine Deflationsspirale droht. Auf der Suche nach Lösungen hilft ein Blick in die Geschichte.

Nach zwei Weltkriegen lagen die Länder Europas zerstört am Boden. Dank des Marshall-Plans, aber auch großer Schuldenschnitte (Deutschland erhielt einen Nachlass von 40, Österreich von 71,5 Prozent) und der europäischen Integration erhob sich der Kontinent gleich einem Phönix aus der Asche.

Vor acht Jahren hat die von den USA ausgehende Finanzkrise auch Europa erfasst. Längst vorhandene Schwächen in den Staatsfinanzen und vor allem das Fehlen einer Bankenunion kamen an die Oberfläche. Während die USA sich inzwischen weitgehend aus der Krise befreien konnten, steckt Europa nach wie vor mitten drin: anämisches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, besonders bei Jungen, und seit Jahren stagnierende Realeinkommen. Schuld sind Unterlassungen und Verzögerungen. Mit einer einseitigen Sparpolitik ist Europa in die Austeritätsspirale getappt. Nun droht eine Deflationsspirale.

Diese Entwicklung hat links-, vor allem aber rechtsextremen Gruppierungen Auftrieb gegeben und zu einer Re-Nationalisierung anstelle von mehr europäischer Zusammenarbeit und Solidarität geführt. Rechtspopulistische Bewegungen unterstützen Putin bei seinem ideologisch begründeten Kampf gegen die angebliche westliche Dekadenz und kommen so seinen Bemühungen entgegen, das liberaldemokratische westliche Europa zu destabilisieren.

Die Krise in der Ukraine wurde auch durch Fehler der EU und zuletzt der USA mit ihren NATO-Avancen mitverschuldet. Die mit hybrider Kriegsführung militärisch erzwungenen Grenzveränderungen in der Ukraine, ein Bruch aller internationaler Verträge, aber auch die tragischen Entwicklungen in der Levante, im Nahen Osten oder Nordafrika verdeutlichen das Manko des Fehlens einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der EU.

Gerade Griechenland spiegelt die europäischen Problemlagen in zugespitzter Weise wider. In Anlehnung an Martin Wolf („Financial Times“) kann man sagen, dass es der zweitgrößte Fehler bei Schaffung der Eurozone war, Griechenland aufzunehmen. Dies geschah bekanntlich aus politischen Gründen. Man wusste wohl, dass die



HANNES ANDROSCH ist Industrieller und Präsident des Rats für Forschung und Technologieentwicklung.

„Der Grexit wäre ein noch größerer Fehler als die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone.“

Beitrittsvoraussetzungen nicht erfüllt waren. Dennoch hat man sich auch danach nicht darum gekümmert. Wohl aber wurden den Griechen beliebige Kredite gewährt (für so unproduktive Produkte wie deutsche Unterseeboote oder französische Kampfhubschrauber), ohne sich Gedanken darüber zu machen, wie diese je zurückgezahlt werden könnten. Und auch Griechenland hat das offenbar nicht gekümmert.

Als die Schuldenblase platzte, wurden unter dem Titel „Griechenlandhilfe“ die Banken in den Ländern der Kreditgeber geschützt und der griechischen Bevölkerung unzumutbare Lasten auferlegt. Was folgte, war horrende Arbeitslosigkeit und Verarmung. 2010 betrug die Staatsverschuldung Griechenlands 105 Prozent. Durch die auferlegten drakonischen Maßnahmen (ähnlich wie in Österreich in der ersten Republik durch den Völkerbundkommissar) ist sie auf mittlerweile 175 Prozent angestiegen.

Eine altorientalische Weisheit, die auch im Alten Testament im Levitikus der Genesis Eingang gefunden hat, besagt, dass auch der Gläubiger Verantwortung trägt, wenn der Schuldner seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Das gilt nicht nur für das Griechenland unserer Zeit. Man sollte sich auch an die verheerenden Wirkungen der Friedensverträge nach dem Ersten und die eingangs erwähnten klugen Maßnahmen nach dem Zweiten Weltkrieg erinnern.

Deshalb muss es nun darum gehen, für Griechenland eine geeignete Therapie mit einer verträglichen Medikation zu finden. Schon Paracelsus wusste, dass die Überdosis eines Heilmittels zum Gift werden kann. Im übertragenen Sinn gilt das auch für negative soziale Nebenwirkungen, also Arbeitslosigkeit und fehlende Perspektiven. Natürlich müssen dem Land Bedingungen und Verpflichtungen für Reformen auferlegt werden. Im Gegenzug muss es dafür aber gezielte Unterstützungen geben und eine verträgliche Schuldenhöhe eingezogen werden.

Ein noch größerer Fehler als die Aufnahme Griechenlands in die Eurozone wäre der Grexit: nicht nur für die Griechen, sondern für alle Länder der Eurozone und der EU.

redaktion@format.at